

Pressemitteilung



124. Deutscher Ärztetag

***#Impfpatente #COVAX #Pandemiemanagement
#Krisenkommunikation #Psychische Gesundheit
#Coronaprämie #Ethikberatung***

**Pressestelle der
deutschen Ärzteschaft**

Herbert-Lewin-Platz 1
10623 Berlin

Berlin, 06.05.2021 – Der 124. Deutsche Ärztetag hat bei seinen Beratungen am 4. und 5. Mai 2021 eine Reihe von gesundheits-, sozial- und berufspolitischen Beschlüsse gefasst:

Impfstoffpatente freigeben

Der 124. Deutsche Ärztetag hat den Deutschen Bundestag und das Europäische Parlament dazu aufgerufen, Impfstoffpatente unter fairer Vergütung des geistigen Eigentums der Patentinhaber zumindest temporär freizugeben. Der bisherige Verlauf der Pandemie sowie die Entwicklung besorgniserregender Virusvarianten in Bevölkerungen mit unvollständiger bzw. nachlassender Immunität habe gezeigt, wie wichtig es ist, weltweit und unabhängig von der Wirtschaftskraft eines Landes möglichst schnell eine möglichst hohe Impfquote zu erreichen, so die Abgeordneten des Ärztetages.

Weltweite Verteilungsgerechtigkeit von Covid-19-Impfstoffen

Aus Sicht der Ärzteschaft gerät die Covid-19 Vaccines Global Access-Initiative (COVAX) trotz internationaler Unterstützung aufgrund fehlender Finanzierungsmittel zunehmend in Bedrängnis. Der Ärztetag hat deshalb die Bundesregierung dazu aufgerufen, sich für die Finanzierung und die Verteilungsgerechtigkeit von Covid-19-Impfstoffen weltweit einzusetzen. Der globale Erfolg der Impfkampagne sei wichtig, „um der Entwicklung von Virusmutationen entgegenzuwirken, die potenziell den bisherigen weltweiten Impffortschritt zunichtemachen können“, so die Abgeordneten.

Diese Pressemitteilung finden Sie auch im Internet unter www.bundesaerztekammer.de

Ansprechpartner:
Alexander Dückers
Samir Rabbata
Tel. (030) 40 04 56-700
Fax (030) 40 04 56-707
www.baek.de
presse@baek.de

Pandemiemanagement optimieren

Zur besseren Krisenbewältigung in Deutschland sollte eine Kommission eingerichtet werden, „die das Pandemiemanagement mit der systematischen Datenerfassung und Evaluation getroffener Maßnahmen longitudinal begleitet und reflektiert“. Aus den Daten sollten „sinnvolle Maßnahmen für den nationalen Pandemieplan und künftige Gesundheitsnotstände“ abgeleitet werden. In diese Kommission müsse eine breite ärztliche Perspektive einbezogen werden. Gestaltet werden müsse dieser Prozess im europäischen und globalen Kontext und Austausch.

Krisenkommunikation verbessern

Die Bundesregierung und die Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung sollten nach Auffassung des Ärzteparlaments ihre Kommunikation über die Corona-Pandemie umgehend verbessern. Die Pandemiemüdigkeit sowie Unsicherheiten oder gar Bedenken gegenüber der Impfkampagne seien zu einem großen Anteil „widersprüchlicher und gleichzeitig auch unfokussierter Kommunikation mit der Bevölkerung geschuldet“, kritisierten die Abgeordneten. Damit die notwendigen Maßnahmen zur Bekämpfung der Pandemie eingehalten und eine hohe Impfbereitschaft erreicht werde, müssten schnellstmöglich alle Kommunikationskanäle genutzt werden.

Mehr psychosoziale Unterstützung für Ärztinnen und Ärzte

Psychisch überbelastete oder potenziell traumatisierte Ärztinnen und Ärzte benötigen psychosoziale Unterstützung. Der 124. Deutsche Ärztetag hat alle ärztlichen Vertreterinnen und Vertreter bei den Kranken- und Sozialversicherungsträgern aufgerufen, den Erhalt der psychischen Gesundheit von Ärztinnen und Ärzten stärker in den Fokus zu rücken.

Zudem sollten konkrete Unterstützungsangebote unter Mitwirkung der Ärzteschaft erarbeitet werden.

„Coronaprämie“ für alle Beschäftigten im Gesundheitswesen – auch für MFA und Krankenhausärzte

Als Anerkennung für ihren Einsatz in der Pandemie hat der 124. Deutsche Ärztetag eine „Coronaprämie“ für alle Beschäftigten im Gesundheitswesen gefordert – analog zur „Coronaprämie“ für die Pflegekräfte in den Krankenhäusern, die durch öffentliche Mittel finanziert wird. So hätten etwa auch die Medizinischen Fachangestellten (MFA) eine „öffentliche Anerkennung ihrer systemrelevanten Leistungen“ verdient. Der überwiegende Teil der Patientinnen und Patienten mit COVID-19 werde im ambulanten Sektor versorgt. Angesichts der enormen Belastungen und der herausragenden Leistungen aller „an der Versorgung von COVID-19-Patientinnen und -Patienten in kollegialer Zusammenarbeit beteiligten Berufsgruppen“ forderten die Abgeordneten des Ärztetages den Gesetzgeber außerdem auf, auch Ärztinnen und Ärzte in den Krankenhäusern an der aus Bundesmitteln bereitgestellten „zweiten Coronaprämie“ angemessen zu beteiligen.

Ambulante Ethikberatung

Neben den bereits bestehenden stationären Ethikkommissionen müssten nach Überzeugung des Ärztetages auch flächendeckende Angebote der ambulanten Ethikberatung geschaffen werden. Die Ethikberatung könne dazu beitragen, Ärztinnen und Ärzte nicht nur in Fragen des Beistandes für Sterbende, sondern auch in anderen ethischen Grenzsituationen fachlich geschult zu unterstützen, so das Ärzteparlament. Diesen ärztlichen Ethikberatern müsse ein Netz an Psychologen/Psychiatern, Seelsorgern und Pflegepersonal zur Seite gestellt werden, die bei Bedarf hinzugezogen werden können.